

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserte
Werden bis 4 Uhr abends
über dem Kassen mit 10 Pf. be-
rechnet und bei unregelmäßiger
Erscheinung nach Bedarf erhöht.
Kleinanzeigen 10 Pf. pro Zeile
während der ersten 9 1/2 Uhr früh
in der Ausgabe abgeben und
bis um 10 Uhr zu besorgen.

Expedition:
Berberstraße Nr. 1.
Verantwortlich von morgens 8 Uhr
abends 7 1/2 Uhr.
Telephon: Amt 1, Nr. 1268.

Verkauft täglich mit Ausnahme des
Sonntags und Feiertags.

Nr. 208.

Dresden, Donnerstag den 9. September 1897.

8. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Dresden, 8. September.

Französische Dinge.

Fürst Bismarck soll nach einer Mitteilung des „Gaulois“ — das ist die neueste Bismarck-Industrie — ein französischer Parlamentarier, der ihn kürzlich besucht hat, gesagt haben:

„Es ist möglich, daß man in Peterhof so weit gegangen ist, einen Vertrag fertig zu stellen, aber vielleicht gleich es nur deshalb, um der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Begründung zu gewähren. Alle diese Vereinbarungen würden jedoch dann ernst werden, wenn man Anzeichen dafür gewänne, daß es gelungen sei, und Oesterreich-Ungarn abwendig zu machen. Ich glaube, der Hauptgegenstand der Peterhofer Verhandlungen war England. Ich fürchte aber, alle diesbezüglichen Bemühungen sind umsonst. Um die englischen Präzedenzfälle abzumachen, bedürfte es einer eifrigen, zielbewußten, ausdauernden Entente; Deutschland wird das nicht fertig bringen, wir könnten einmal bedauern, die Engländer allzu sehr gereizt zu haben. Der Augenblick wäre wohl sehr günstig, um den Engländern den Suezkanal und Ägypten wieder wegzunehmen, aber Frankreich wartet vielleicht, bis wir noch tiefer in unserer plan- und grundlosigen äußeren Politik drin stecken.“

Daß Bismarck sich einem Franzosen gegenüber in einer so abfälligen Weise über die deutsche Diplomatie geäußert haben soll, ist doch wohl kaum anzunehmen. Allerdings wir hatten schon ein vielprechendes Beispiel, als Bismarck das Geheimnis des deutsch-russischen Vertrages verriet, — doch möchten wir die Authentizität der Aeußerung immerhin bis auf weiteres dahingestellt sein lassen. Etwas wird wohl dahinter stecken und gewiss trifft das Besagte in der Hauptsache zu. Die „Plan- und Grundlosigkeit“ der deutschen Diplomatie haben wir schon öfters an einzelnen Beispielen Gelegenheit gehabt zu kennzeichnen — wir haben und deshalb sogar den Titel unseres „Kulturorgans“ gegeben. Was aber den Charakter des französisch-russischen Bündnisses anbetrifft, so war es gerade die „Sächs. Arb.-Ztg.“, die schon vor mehr als einem Jahre zuerst in der gesamten Presse in und außerhalb Deutschlands, darauf verwiesen hat, daß dieses „Bündnis“, zu stande gebracht durch die Revanchebestrebungen Frankreichs, seine Spitze, die gegen Deutschland gerichtet war, gegen England wendet. Die Mitteilung des „Gaulois“, ob sie auch ganz oder teilweise aus Friedrichsruh stammt, ist nun schon deshalb charakteristisch, weil sie zeigt, daß die Auffassung der Bedeutung des Bundes nunmehr auch in Frankreich selbst zur allgemeinen Erkenntnis kommt. Die Verhandlungen in der Orientfrage haben in dieser Beziehung viel Klarheit geschaffen. Und die Ueberer des russisch-französischen Bündnisses, die den Chauvinismus weiblich bei verschiedenen Gelegenheiten ausgenützt haben, haben sich jetzt schon gegen den Versuch zu wehren, sie hätten die Interessen Frankreichs preisgegeben, die Idee der „Revanche“ aufgegeben.

Unsere sozialistische Arbeiterpartei in Frankreich, die wegen ihrer „Freundschaft mit den Deutschen“, wegen der Betonung der internationalen Solidarität des Proletariats, die stärksten Anfeindungen seitens des Regierungsklingels zu erdulden hatte, hat durch diese Wendung der Dinge gewonnenes Spiel. Aber gerade dies erschwert die Situation, schafft eine Sachlage, bei der taktische Fehler sehr leicht begangen werden können. Es ist sehr verlockend und auch durchaus notwendig, die Regierung auf dem Vorrat ihrer eigenen „Nationalitätsidee“, die sie so oft den Sozialisten gegenüber ausgepielt hat, festzunageln. Aber sehr leicht kann man dabei selbst, aus Opposition zur Regierung, sich in der Ideologie eines beschränkten Nationalismus verstricken. Sogar der Kuje stehen, die objektiv zu urteilen vermögen, ist es, in diesem Fall nicht durch schnellere Widerstand, die Dinge auf die Spitze zu treiben, sondern durch ruhige Auseinandersetzung die Sachlage zu klären.

Und diese Gedanken sind wir durch folgenden Vorfall ge-
bracht worden:

In unserem französischen Bruderorgan, der „Petit Republicain“, veröffentlichte Genosse Jean Jaurès einen Artikel über das russisch-französische Bündnis. Der Artikel begann mit den Worten: „Jawohl, und mag die Wut der Regierungsblätter auch so groß sein und noch so groß das Weisheitsklatschen von Paris beim Durchzug unserer Triumpheerenden (d. h. der aus Petersburg zurückkehrenden Regierung), so hüben wir doch nicht auf, jenes System der europäischen Reaktion zu bekämpfen, in dem der Sozialismus das russisch-französische Bündnis, wie es Herr Jaurès mit der Jar Nikolas versteht, das wesentliche Triebwerk bildet.“ Dann wurde ausgeführt, daß allerdings ein Einverständnis der beiden Nationen — also nicht der Regierungen, sondern der Völker — eine kulturelle Erregung wäre. Beide haben die großen Aufgaben zu erfüllen: die französische Nation müsse sich die soziale Revolution erkämpfen, die russische Nation müsse „politische Freiheit“ und Gedankenfreiheit erobern, sich vom Absolutismus und dem biblischen Beamtentum freimachen und in seine halb urwüchsige, halb kapitalistische Gesellschaftsordnung neue Einrichtungen einfügen.“ Dann hieß es im Schlußsatz an diese Sätze:

„Für diese verschiedene geartete, aber übereinstimmende Fortschrittsarbeit könnten die beiden Nationen sich gegenseitig gegen die Verrätereien des Dreibunds und gegen die Ueberreichungen und Brutalitäten des preussischen Militarismus sichern. Und am Ende eines so verstandenen Bündnisses könnte man im Geiste die gerechten territorialen Wiederergänzungen voraussehen, auf die die verarmte französische Demokratie ein Recht hat.“

Wort Jaurès mit dem letzten Satz hingeliegt, ist ziemlich klar, nicht so, wie er sich die Sache dachte. Das einzige, was man, wenn man sich nicht in bodenlose Spekulationen einlassen

will, daraus folgern kann, ist, daß Jaurès der Meinung ist, Frankreich habe durch den Verlust Elsaß-Lothringens Ansprüche auf territoriale Vergeltung und daß, wenn es gelingt, der Vergeltung die Macht zu verschaffen, so werden diese Ansprüche Frankreichs befriedigt. Es ist also, wenn auch in einer sehr vorläufigen Weise, ein Kollekzionieren mit dem französischen Chauvinismus.

Diese Aeußerung des Genossen Jaurès griff nun unsere „Leipziger Volkszeitung“ auf und fügte ihr folgendes Schwänzelchen an:

„Wenn Jaurès als Endziel des französisch-russischen Bündnisses, auch wie er es sich vorstellt, die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, der Reichslande betrachtet, so drängt sich die Frage auf: wie sollen die verlorenen Provinzen durch die „alliierten Nationen“ wiedergewonnen werden? Wie die Dinge liegen, doch allein durch die Entscheidung der Waffen, durch einen Krieg gegen Deutschland, dessen von den Franzosen so oft als Bruderpartei begrüßte Arbeiterbewegung als die vorgeschrittenste und einflußreichste Europas gilt, während im Zarenreich kaum erst die zoghafien proletarischen Anfangsbewegungen zu Tage treten. Marchiert es sich übrigens leichter und früher mit dem Rußland des Jaurès oder mit dem Deutschland des allgemeinen Wahlrechts?“

Die „Leipziger Volkszeitung“ thut mit diesen Randglossen Jaurès das bitterste Unrecht an. Es ist eine leere, auf nichts begründete Spekulation der „Leipz. Volksz.“, daß Jaurès für einen Krieg mit Deutschland“ eintritt. Würde er dies thun, so müßte ihm doch gerade das jetzige Bündnis zwischen dem militaristischen Frankreich und dem militaristischen Rußland am ehesten genehm sein. Jaurès wendet sich aber, wie aus dem Einleitungssatz und dem ganzen Gedankengang seines Artikels zu ersehen ist, mit aller Entschiedenheit dagegen. Und während Jaurès erklärt, trotz aller Wut der Regierungspresse werde er das Bündnis, wie es jetzt mit dem Zaren geschlossen worden sei, bekämpfen, und gerade den Kampf gegen den russischen Absolutismus zur Voraussetzung einer Einigung zwischen Frankreich und Rußland macht, wirt ihm die „Leipz. Volksz.“ vor, er wolle „mit dem Rußland des Jaurès“ zusammen gehen! Die „Leipz. Volksz.“ ignoriert vollständig, daß Jaurès jene „territorialen Wiederergänzungen“ (die „Leipz. Volksz.“ überzieht: „Wiederherausgabe der Länderstrecken“) — teils der beiden Völker findet sich im Original) in die Zeit der sozialen Revolution verlegt, die ganz andere politische Verhältnisse voraussetzt, als die jetzt bestehenden. Von einem Krieg, von der Anwendung brutaler Gewalt kann schon aus diesem Grunde nicht die Rede sein. Jaurès denkt wohl, daß der Schiedspruch der Nationen Frankreich jene territorialen Vergeltungen zusprechen wird. Das Bündnis der zwei Nationen denkt er sich nur als Uwehrgewehr gegen die militaristische Gewalt Preussens resp. des Dreibunds. Und daß auch die deutsche Sozialdemokratie sich einem derartigen Schiedspruch fügen würde, darüber hat sie nie einen Zweifel gelassen, wie auch daß sie die Frage Elsaß-Lothringens als eine frivolle Frage betrachte.

Die „Leipziger Volkszeitung“ freilich stellt sich auf einen anderen Boden. Sie, die Jaurès Chauvinismus vorwirft, lehrt selbst der Auffassung Jaurès gegenüber den beschränkten Nationalismus hervor. Sie schreibt:

„Der Frankfurter Friede, der die ehemals deutschen Gebiete Gewalt und Treubruch von Deutschland losgerissen hat, bietet dem Elsaß und Lothringen wieder an Deutschland angegliedert hat, ist eine geschichtliche Thatsache, die die Franzosen beklagen müssen, mit der sie sich aber abfinden müssen. Was die Reichslande brauchen, um es wirklich mit dem Reich zu verschmelzen, ist die Herstellung des gemeinen Rechts, der Fall des Ausnahmestandes, des Diktaturparagrafen. Die kurzfristige und verkehrte Politik der Zwangsmaßregel ist der Blut, der den Weg sperrt.“

Der Hinweis auf die „ehemals deutschen“ Gebiete — das ist die gemeiniglich gebrauchliche Rechtfertigung des deutsch-französischen Krieges, gegen den die deutsche Sozialdemokratie ihren klammern Protest erhoben hat. Die „geschichtliche Thatsache“, mit der sich die Franzosen abzufinden haben — ja, heißt das nicht einfach: „Wir haben Elsaß-Lothringen erobert, haben die Festungen wieder aufgebaut und neue hinzugefügt, haben so viele Soldaten hineingekickt — macht, daß ihr davonskommt, sonst ergäbe es euch schlecht, ihr verdammten Franzosen!“ Was die Reichslande brauchen, um mit dem Reich zu verschmelzen — haben wir denn nicht stets erklärt, das Volk von Elsaß und Lothringen habe selbst zu entscheiden, ob es mit dem Reich verschmelzen werden will?

Und nun wollen auch wir sagen, wie die Elsaß-Lothringische Frage „gelöst“ wird. Was not thut, ist — die Aufhebung der Bollschranken zwischen Frankreich und England. Dann hört die Elsaß-Lothringische Frage auf, zu existieren. Das wird stattfinden — noch lange vor der sozialen Revolution.

Schädige Unternehmer. Die Bundesratsverordnung „über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien“ passen den Unternehmern nicht. Die Verordnung ist lächerlich mild, sie schafft kaum die schlimmsten Mängel ab, und enthält nur Vorschriften über den zulässigen Mindestraum und die notwendigen Reinlichkeitsmaßregeln, außerdem ist ein Zeitraum von vollen zehn Jahren vorgesehn, innerhalb dessen die Buchdruckereien die notwendig werdenden baulichen Aenderungen vorzunehmen haben. Man hat also die Sache mit Selbsterhaltung angefaßt. Trotzdem sieht sich der „Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer“ veranlaßt, folgende Eingabe an den Bundesrat zu richten:

„Der Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer sieht in dem Entwurf die einseitigen, zum Teil unausführbaren Vorschriften, nach Einführung der Unfallversicherung und der sozialpolitischen Gesetzgebung eine zumeist unnütze Erschwernis des erwiehenermaßen an sich unschädlichen Betriebes und materielle Schädigung des ohnehin schon durch behördliche Ueberwachung beunruhigten Buchdruckerei-Gewerbes, das doch gerade in seinen Mittel- und Kleinbetrieben der Hebung bedarf.“

Eine sonderbare Auffassung der Unfallversicherung leuchtet uns aus diesem Dokument der Unternehmertum entgegen. Denn die Einführung derselben kann doch nur den Sinn haben: „Da der Arbeiter bei Unfällen eine Entschädigung erhält, brauchen wir nicht mehr für die Verhütung derselben zu sorgen.“ Der echte, rechte Progenstandpunkt. Die Knochen des Arbeiters werden ja bezahlt, was brauchen wir uns noch darum zu kümmern! Und dann diese Berufung auf die „Rothlage“ des „Mittel- und Kleinbetriebes“: Ja, wenn derselbe überhaupt nur bestehen kann, indem er durch seine mangelhaften Einrichtungen die Gesundheit des Arbeiters zu Grunde richtet, so hat er das Existenzrecht überhaupt verloren.

Wie das Progenium mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung unipringt, dafür liefert die Eingabe einen neuen Beweis: Es wird nämlich berichtet, daß derselben ein Schriftstück beigegeben wird, in welchem die Unternehmer sich auf die Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes berufen, die ergeben haben sollen, daß die Gefährlichkeit des Bleisatzes eine Fabel sei.“ Wir wissen nicht genau, was damit gemeint ist, wenn aber die Sache nicht einfach auf eine Verdrehung der Thatsachen seitens der Unternehmer hinausläuft, wird es sich wohl so verhalten. Jene Erhebungen sind in der Reichsdruckerei gemacht worden und werden wohl nur so viel beweisen, daß man den Gefahren der Bleivergiftung vorbeugen kann; denn daß dieselben bestehen, ist leider nur zu sicher. Dann würden also die Erhebungen gerade die Notwendigkeit der weitgehendsten Vorbeugungsmaßregeln bestätigen. Daß dem so ist, ergibt sich schon daraus, daß der Bundesrat die Verordnung nicht erlassen hätte, wenn aus jener Erhebung die Konsequenzen sich ziehen ließen, die das Progenium zieht.

Der ganze Vorgang beweist also nur eins: das Unternehmertum legt den Arbeiter stupplos jeder Gefahr aus und ist in seiner Beuegler so schamlos, daß es selbst dort, wo ihm nur ganz minimale Aufgaben gestellt werden, sich denselben entzieht, sobald sein Ausbeuterlohn auch nur um eine Kappalle verringert wird.

Die Ursachen der häufigen Eisenbahnunfälle. Die in letzter Zeit in so bedauerlicher Weise häufig eingetretenen Eisenbahnunfälle haben wenigstens das Gute, daß sie die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf die Zustände im Eisenbahnwesen lenken und auch die bürgerliche Presse zu Erwägungen darüber veranlassen, ob nicht die Ueberlastung der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen einen wesentlichen Teil der Schuld tragen. So schreibt jetzt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte:

„Wir halten es für notwendig, an die Betriebsleitung und die Aufsichtsbehörde unserer Eisenbahnen ganz bestimmte Fragen zu richten, deren Erwägung und wenn möglich öffentliche Beantwortung uns dringend notwendig erscheint. Das sind ungefähr folgende:

1. Ist der Oberbau unserer Eisenbahnstrecken allenthalben vollkommen tragfähig, auch nach der jüngst beschlossenen Verstärkung?
2. Welche Bahnhöfe bedürfen, damit die Betriebssicherheit erhöht werde, dringend eines schleunigen Umbaus?
3. Genügt die Zahl unserer Streckenaufsichtsbeamten oder wird bei dieser Beamtenzahl nicht allzu sehr geipart?
4. Sind die Anforderungen an die Leistungen des Zug- und Bahnpersonals so, daß es immer und bis zum letzten Augenblick der Dienstzeit vollkommen frisch und arbeitsfähig ist?
5. Läßt man diejenigen Beamten, welche in ganz besonderer Weise frisch und energisch sein müssen, nur so lange im Dienst, als diese Frische vorhanden ist?“

Es ist ja sehr wertvoll, daß die bürgerliche Presse jetzt endlich dazu aufrast, der Ueberbürdung des Eisenbahndienstpersonals ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die hier gestellten Fragen konnte sich aber die „Deutsche Tageszeitung“ ersparen. Nicht allein, daß es schon fast Gemeingut der gesamten Öffentlichkeit ist, daß die Eisenbahnen in der That überbürdet sind, ist z. B. im März dieses Jahres in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ auf Grund authentischer Materials eine Artikelserie veröffentlicht worden, in der die Ueberlastung des Dienstpersonals der sächsischen Staatsbahnen zur Evidenz erwiesen wurde. Wenn Dienstzeiten von 300 Stunden und darüber im Monat konstatiert werden, so ist das Ueberlastung. Befristeten sind unsere Angaben von keiner Seite worden, sie können nicht bestritten werden. Und wer anstatt die Augen zu verschließen und das aborne Geschrei von der sozialdemokratischen Verhökung anzuhören, mit unbefangener Blicke die Eisenbahnerbewegung studiert, die jetzt den Ordnungsmännern allenthalben soviel Kopfschmerzen macht, der muß auch daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß da böse Verhältnisse vorhanden sein müssen, deren Beseitigung dringend nötig ist.

Also der Fragen und umständlicher bürokratischer Untersuchungen bedarf es wahrlich nicht mehr, sondern nur des dringenden Verlangens nach sofortigen umfassenden Reformen. Wenn sich die gesamte öffentliche Meinung der Sache annimmt, so kann das nicht ohne Wirkung bleiben. Man sollte sich doch gegenwärtig, daß es sich nicht bloß um die Hebung der Lage der Eisenbahner, sondern um die Sicherung von Leben und Gesundheit aller handelt.

Geistlichkeit und soziale Frage. Pastor Robe, ein eifriger Anhänger der Ordnungspartei, der die Sozialdemokratie entschieden bekämpft, bespricht in der kirchlichen Wochenchrift „Die Christliche Welt“ den bekannten Artikel Goehres über die ländlichen Arbeiterwohnungen. Da liest man:

Wenn es Personen und Zeitungen giebt, die da vorgeben, Goehres Programm sei unchristlich, so haben wir dazu auch ein Wort mitzureden. Goehres politische Schlussfolgerung mag falsch sein. Sie mag auf unrichtigen Voraussetzungen, zum Beispiel ungenügender Beobachtung beruhen. Dann wird man ihm den Nachweis leicht führen. Aber an sich ist es weder unchristlich noch unchristlich, wenn Goehre diese Ansicht vertritt. Dazu hat er als Staatsbürger das Recht, als Berufspolitiker die Pflicht. Man sollte also die sittliche Entrüstung sparen. . . . Man kann Goehres Standpunkt politisch bedauern, beurteilen, bekämpfen, hoffen, wie man will, aber man soll nicht thun, als hätte er ein moralisches Unrecht begangen, und etwa im Namen des Christentums den Stab über ihn brechen.

Gegen Herrn Robbe schreibt Pastor Robe: „Herr Robbe nimmt an Goehres Artikel Kergernis als Politiker und als Freund der Ordnungspartei. Das ist wiederum sein politisches und menschliches Recht. In dem Moment aber, wo er den Kampf auf das sittliche Gebiet überziehen lassen wollte, hatte er Unrecht.“ Und als Argument für Goehre wird zutreffend Robbes Wort angeführt:

„Was Goehre freilich von den Schlafträumen auf der Oberbrachdomäne erzählt, ist so abschreckend und ist so sehr wider das Christentum, daß man unwillkürlich fragen möchte: ist denn, wenn der Herr Amtsrat dazu keine Zeit hat, keine Gnade, keine Wirtschaft, kein Inspektor, kein Seesörger und kein Landrat, ja schließlich kein Gendarm da, der sich um solche Dinge bekümmert? Vielleicht könnte man auch weitergehen und die Landwirte auf einen Gutachten auffordern, und vielleicht könnten gar die Provinzialparlamentarier ihren Kreisbesuchen — man erschräme nicht — das Propagandum zur Beratung geben: „Entsprechen die ländlichen Arbeiterwohnungen des Spindalbezirks den Anforderungen der Sittlichkeit und eines christlichen Familienlebens?“

Dazu schreibt Robe: „Was für bittere Scherze sind das! Herr Robbe weiß doch recht gut, daß nur in seltenen Fällen ein „Seesörger“ derlei Verurtheile ohne Schimpf und Schanden riskieren kann, geschweige daß er etwas besseres würde. Volle und das Provinzialparlamentarium möchte ich sehen, das in den gegenwärtigen Zeitläuften ein solches Propagandum wagt: vermutlich würde sich sein Präsident noch eher im Ruhestand befinden, als die Kreisbesuche zusammenzutreten. Das ist es ja eben, was Männer wie Goehre und Raumann in die Politik getrieben hat, daß es unter den heutigen Umständen für den Pastor als solchen, ja für die Kirche als solche, nicht möglich ist, auf die öffentlichen Zustände den Einfluss zu üben, der im Namen des Christentums, der Moral und Humanität auf sie ausgeübt werden muß. Es ist alles nachfrage geworden (das war nicht immer so!), und also die Politik die einzige Sphäre, in der man Entscheidendes erreichen kann.“

Der Landrat im Kampf gegen die Sozialdemokratie. In Rehm, im Kreise Jand-Belzig, wohnte eine Frau Palm, die früher in sozialdemokratischen Versammlungen als Rednerin aufgetreten ist. Als ihr vor einiger Zeit ihre Wohnung gefährdet war, mietete sie das Erdgeschoss in einem Hause in Rehm bei Rehm, das dem Ortsvorsteher Siegelmeister A. F. Schulze jun. in Rahmig bei Rehm, dem Vorsitzenden des Rehmener Liberalen Wahlvereins, gehört. Bald darauf ließ bei Schulze ein amtliches Schreiben des Landrats von Stülpnagel, datiert vom 15. Juli 1897, ein, worin Schulze aufgefordert wurde, die Palm ihrer angeblich anarchistischen Parteistellung und Agitation wegen sofort aus seinem Hause zu entfernen und, daß dies geschehen, dem Landrat innerhalb 3 Tagen anzuzeigen. Für den Fall, daß Schulze dem nicht Folge leistete, wurde ihm die sofortige Suspension vom Amte und das Disziplinarverfahren beim Kreisaußschuß behufs endgültiger Amtsenthebung angedroht. Schulze begab sich darauf nach Belzig, dem Amtssitz des Landrats, und ersuchte diesen, die in Aussicht gestellte Maßregelung zu unterlassen, indem er ihm mitteilte, daß die Palm zu keiner Zeit anarchistische Ansichten bekundet oder vertreten habe, daß sie vor Zeugen erklärt habe, nichts mehr mit der Sozialdemokratie zu thun zu haben, daß sie sich im Mietvertrag verpflichtet habe, die Wohnung niemals für sozialdemokratische Zwecke herzugeben, daß sie seit ihrem Einzug in die Wohnung keinerlei politische Agitation betrieben habe, daß endlich die Wohnung an die Palm auf ein Jahr vermietet, also die sofortige Entfernung der Frau Palm aus diesem Grunde unmöglich sei. Trotzdem verfügte der Landrat von Stülpnagel durch ein Schreiben vom 20. Juli die sofortige Suspension des widerrechtlichen freisinnigen Ortsvorstehers und die Uebergabe der Gemeinde-Geschäftsführung an den ältesten Schöppen; gleichzeitig wurde das Verfahren an Entfernung Schulzes aus dem Amte als Gemeindevorsteher eingeleitet. Schulze richtete hierauf eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten Grafen Hue de Weis in Potsdam, beantragte die Aufhebung der Suspension und begründete dies mit der erwähnten Sachlage, sowie dem Umstande, daß der Landrat keine einzige Gesetzesbestimmung zur Rechtfertigung seines Vorgehens angeführt habe. Der Regierungspräsident ließ indes durch den Landrat von Stülpnagel die Mitteilung an Schulze gelangen, daß er keine Veranlassung habe, auf die Beschwerde einzugehen, und gab ihm anheim, seine Einwendungen im Disziplinarverfahren beim Kreisaußschuß vorzubringen. Nachdem die Ferien vorüber sind, dürfte demnachst vor dem Kreisaußschuß über die Sache verhandelt werden.

Im weimarischen Landtage dürfte die Opposition nach den Wahlen eine bedeutende Stärkung erfahren. Unsere Parteigenossen haben bereits zwei Mandate und die freisinnigen gleichfalls, während bisher nur 1 Sozialdemokrat und 1 freisinniger drinn saß. In einem oder dem anderen Wahlkreise, die noch ausstehen, sind unsere Aussichten gleichfalls nicht schlecht und jetzt kommt die Meldung, daß die freisinnige Liste auch im Wahlkreise Rüdow-Warkuß siegt hat. Die vorgenommene Verschlechterung des Wahlrechts führt also zu dem geraden Gegenteil des beabsichtigten Resultats.

Das Reichstagswahlprogramm der freisinnigen Volkspartei. Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei veröffentlicht in der „Freis. Ztg.“ einen Antrag an den Nürnberger Parteitag, ein neues Aktionsprogramm für die nächsten Reichstagswahlen aufzustellen. Das beantragte Programm enthält unter anderem die Forderung der Erhaltung des Reichstagswahlrechts unter Sicherung der Wahlfreiheit, neue Abgrenzung der Wahlkreise nach Einwohnerzahl und Diäten für die Abgeordneten, reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts auf freierlicher Grundlage, Einführung der Berufung gegen Urteile der Strafkammern und Entschädigung ungeschuldig Verurteilter und Verhafteter. Dann außer den sonstigen bekannten freisinnigen Forderungen Ausrottung des Quells für alle Klassen der Bevölkerung, dauernde Sicherstellung gegen eine mehr als zweijährige Dienstzeit, Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Verbrechen und Vergehen, Aburteilung durch ständige und selbständige Richter, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens.

Bemerkenswert ist aber folgender Absatz des Programmvorschlags: „Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung, Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere zum Schutz der Arbeiter gegen mißbräuchliche Anforderungen an ihre Arbeitskraft, Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten, zeitgemäße Regelung der Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen, Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung.“

Herr Richter scheint sich danach mit der Föderalverordnung abgefunden zu haben. Es ist interessant, zu sehen, wie die wirtschaftliche Entwicklung selbst die einstmaligen östlichen Manchestermänner allmählich immer weiter treibt auf der Bahn, die von der Sozialdemokratie vorgezeichnet worden ist.

Das Entlassungsgesuch Dr. Fischers, des bisherigen Unterstaatssekretärs im Reichspostamt, das bereits vor längerer Zeit eingereicht war, ist der „Post. Ztg.“ zufolge nunmehr genehmigt worden. Zum Nachfolger Fischers ist der Direktor der ersten Abteilung des Reichspostamts, Frisch, ernannt worden.

Nach ein Opfer des Tauch-Prozesses. Der Preßbezerrn im auswärtigen Amte, Legationsrat Dr. Gammann soll aus dem Dienste scheiden.

Der stellvertretende Landeshauptmann von Deutsch-Neu-Guinea, Korvettenkapitän a. D. Rüdiger, ist am 21. August von Eingeborenen ermordet worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Das Landgericht Leipzig verurteilte den am 15. Juni 1890 in Böhmen geborenen Schloffer Franz Jandera wegen Majestätsbeleidigung und großen Unjugs zu drei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft. Ein Monat der Gefängnisstrafe und die Haftstrafe wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Nach der Verhandlung hatte Jandera auf seiner Wanderhaft von Halle nach Leipzig in der Betrunktheit in Bahren laut geschrien und bei der Arretierung erklärt, die drei Kaiser sind . . . Welche der europäischen Kaiser er gemeint hat, wußte der Zeuge Schupmann Tendel nicht anzugeben.

W. Königshütte. Oberhiesfelden, 6. September. Ein neuer „wilder“ Streik ist auf der dem Herzog von Lieft resp. seinem Erben gehörigen Kohlengrube „Konjok. Höhenlohe“ ausgebrochen. Die Zahl der Streikenden betrug am Sonntag nicht ganz 100. Die Arbeiter verlangen eine Lohnhöhung und begründen ihre Forderung mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen. Ihre Forderung ist selbstverständlich sehr begründet, bei dem totalen Mangel jeder Organisation ist indes ein Erfolg nicht zu erwarten. Der Ausbruch des Streiks wird von bürgerlicher Seite auf „sozialdemokratische Heerei“ zurückgeführt; in der Streikgegend sollen sozialdemokratische Flugblätter gefunden worden sein.

In dem östlich von Reuthen gelegenen Gebiete sind ungelächterlich zweimal „sozialdemokratische“ Flugblätter „gefunden“ worden, in denen zum Streiken aufgefordert wird. Man wissen aber weder die Parteigenossen, noch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das geringste von derartigen Flugblättern; beide haben im Gegenteil bei jeder Gelegenheit vor den nutzlosen unorganisierten Ausständen gewarnt. Wer bringt da wohl jene Flugblätter unter die Leute? Die oberhiesfeldische Polizei ist hochwahrlich stark genug, um jeden „Heerei“ abzufassen zu können, und sollte er auch noch so versteckt arbeiten. Oder sollte es wahr sein, daß die Polizeibehörden an der „Aufsindung“ von „sozialdemokratischen“ Flugblättern ein gewisses Interesse haben? Die Spionen- und Spitzeltaktik steht bei der oberhiesfeldischen Polizei noch immer in großer Gunst.

Nachrichten aus dem Auslande.

Wegen Hochverrat wurde in Eger der Redakteur der „Egerer Zeitung“, Hofler, verhaftet. Er hat in Leipzig am Sonntag eine „deutschnationale“ Rede gehalten und diese in seinem Blatte veröffentlicht. Darin soll er den Hochverrat begangen haben. Hausdurchsuchungen, die in der Redaktion und in der Wohnung Hoflers vorgenommen wurden, waren erfolglos; über Hofler ist die Untersuchungshaft verhängt.

Aus Anlaß der Verhaftung fanden in Eger Montag Abend Kundgebungen statt. Die Polizei gestreckte die sich immer wieder anjanimende Menge.

Der antientfesslichen Verwaltung der Stadt Wien wird ein beachtendes Verbot ausgesprochen durch eine Schilderung der Zustände in einem städtischen Versorgungshaus Wiens in der dortigen „Arbeiterzeitung“. Ueber Wien Wiener Parteiorgan war folgender Brief eines alten Mütterleins aus dem Versorgungshaus Mauerbach-Wien zugegangen:

Werte Redaktion! Es ist unmöglich, länger zu schweigen, wir sterben hier langsam vor Hunger. Die Auspeilung ist derart schlecht, daß man nichts mehr essen kann. In der Früh eine fast lautere Einbrennluppe, um 12 Uhr eine schlechte Rindsuppe, ein hartes Stück Fleisch, das nicht zum Weissen ist, und Kochsalz oder Spinat. Abends: Kartoffel-, Gemüsesuppe oder Erbsensuppe. Das ist unser Essen. Die meisten können das Gemüße nicht mehr vertragen, da zu viele Schweineereien darin zu finden sind. Der Spinat wird einige Tage früher gekocht und ist daher nicht grün, sondern schwarz. Auch ist das Brot so klein, daß man sich nicht jastellen kann.

Mit Thränen in den Augen legen wir uns ins Bett, um von Mitleid übermannt, endlich einzuschlafen. Am anderen Tage geht's wieder von vorn an. Und nichts wird für uns getan. Wir bitten die Herren von der Redaktion, sich um uns anzunehmen. (Unterschrift.)

Infolge dessen stellte die Redaktion des Blattes eine Untersuchung an, deren Resultat eine vollkommene Bestätigung der brieflichen Angaben ist. In einem längeren Artikel werden die Zustände in der Anstalt dargelegt, die ein trauriges Kapitel aus der Fürsorge der kapitalistischen Gesellschaft für ihre erwerbsunfähigen Mitglieder darstellt. Nur ein Bild aus dieser Schilderung:

„Im Hofe bringt uns ein ungefähr 70jähriger, mit hochgradigem Wahn behafteter Greis ein vorzüglich in Papier gehaltenes Stück Fleisch, es ist die Ration von Mittag. Mit bebender Stimme bittet er uns, wir mögen unser Urteil abgeben, ob dieses Stück Fleisch genießbar sei. Wir beschließen es. Ein knollenartiges, mit Knorpeln durchzogenes Stück, das ein junger Mensch schwerlich beißen und verdauen könnte. „Heut hab' ich wieder nichts zu essen“, sagte der Alte traurig. „Ich hab' niemanden auf dieser Welt, der mich unterstützen würde, so bin ich denn gezwungen, langsam zu verhungern.“ Er saß mit seiner zitternden Rechten über die Augen — es mochte wohl die Sonne daran schuld sein, sie schien ihm so schwarz ins Gesicht.“

Diese Gemeindevorwaltung nennt sich „christlich“.

z. Ein Schweizerartikel über das internationale Polizeikomplot. Sollte das neue spanische Attentat die Leute für internationale Polizeimahregeln noch mehr fanatisieren, so wird dafür, wie aus Bern berichtet wird, die Schweiz unter seinen Umständen zu haben sein. Einem Winterthurer Blatte wird nämlich von seinem Korrespondenten aus der Bundesstadt

geschrieben, daß der Bundesrat durchaus nicht geneigt ist, von seinem bisher der Anarchistenfrage gegenüber beobachteten Verhalten abzuweichen. „Der schon früher aufgetretene Sach, daß namentlich in präventiver Beziehung, seine Pflicht thäte, es keine internationalen Vereinbarungen bedürfte, hat auch heute keine volle Gültigkeit. Die Schweiz würde, wenn sie sich auf geradezu zum Mittel von ganz Europa degradierte, sich Inleben treten solcher sich auf dem europäischen Festlande ein großartiges Spioniersystem ausbilden würde, dessen Hauptzentralstaaten die Schweiz, als im Mittelpunkt der europäischen Kulturstaaten gelegen, werden würde, zumal die politische Polizei gewisser Staaten es sich nicht entgehen lassen würde, unter dem Vorwande des Anarchismus auch alle ihr politisch sonst unbenutzbaren Elemente zu verfolgen, für welche alsdann die Schweiz anstatt ein Asyl eine Falle werden würde. Dazu aber darf nicht wird es in der Schweiz nicht kommen.“ Ist in dieser Korrespondenz die Stimmung in den eidgenössischen Regierungskreisen genau gezeichnet, so ist daraus zu erkennen, daß die während des deutschen Sozialistengesetzes mit deutschen Polizeispielen in der Schweiz gemachten Erfahrungen nicht ohne Belohnung geblieben sind.

z. Die am 16. d. M. in Bern beginnende Herbstkession der schweizerischen Bundesversammlung findet ein Geschäftsbereich von nicht weniger als 45 Gegenständen vor, worunter Eisenbahnverwaltung, Kranken- und Unfallversicherung, Postwesen, Lohn- und Anstellungsverhältnisse eidgenössischer Arbeiter usw. Die beiden ersten genannten Gegenstände werden wohl in der Hauptsache die Session ausfüllen.

Der spanische Attentäter Sempron Barril wurde nicht, wie der Telegraph gestern meldete, zu 40 Jahren Zwangsarbeit, sondern zum Tode verurteilt.

Der englische Gewerkschaftsbund nahm einen Antrag für den gesetzlichen Achtstundentag in allen gewerblichen Betrieben an.

Ueber die drohende Krisis in der englischen Baumwollens-Industrie wird geschrieben:

Nächster Tage wird der Verband der Baumwoll-Fabrikanten von Nordost-Panama in Manchester tagen, um darüber zu beraten, was angeht die traurigen Lage des Geschäftes zu thun ist. Der Verband vertritt über 600000 Spinnstühle und 200000 Webstühle. Er beschäftigt 140000 Arbeiter, deren Löhne 100000 Pfd. Sterling wöchentlich ausmachen. Seit ganz kürzlich wollten die Fabrikanten eine Lohn-Reduktion vornehmen. Sie fanden aber davon ab, weil die Arbeiter mit erbittertem Widerstand drohten. Sollte der Verband in Manchester einen derartigen Entschluß fassen, so wird er ohne Zweifel auch jetzt einen sofortigen Ausbruch zur Folge haben. In dem Verbands sind die Städte Bolton, Blackburn, Colne, Nelson, Preston, Bamberham und andere Zentren der Weberei vertreten. — Die „Weltmutter Gazette“ fragt vergeblich: „Nehmen wir uns einen Zustand der Dinge, wo alle organisierten Arbeiter entweder ausbleiben oder ihnen die Arbeit gespart wird? Sollte es in Panama zur Krisis kommen, so werden 140000 Arbeiter für diese verlieren. Diese Zahl ist größer als die der Auswanderer in der Vereinigten Staaten. Wir wissen nicht, ob die Fabrikanten eine Reduktion dafür besitzen, die Löhne herabzusetzen. Jedenfalls aber ist die Baumwollens-Industrie in der letzten Zeit weit weniger glücklich, als die Rossinen-Industrie.“

Aufhebung der Blokade auf Kreta. Da die Ursache, welche zu der Blokade nötige, geschwunden ist, und die künftigen die Autonomie angenommen haben unter der Bedingung des Abzuges der türkischen Truppen, schlagen die Admirale vor, daß die Blokade am 10. d. M. aufgehoben werde. Die Admirale eruchen den Gouverneur, jede nicht dem Militär angehörende Person zu entlassen und zwar zuerst in Kandia, dann in den übrigen unter dem Schutze der Mächte stehenden Ortschaften. Das die Ursache, welche zu der Blokade nötige, geschwunden ist, entspricht nicht den Thatsachen. Hätten die Mächte vor etwa zwei Jahren der Insel die Autonomie gewährt, so wären große Verluste an Gut und Blut erspart worden. Heute aber dauert der Zustand fort, und die Aufhebung der Blokade bedeutet nichts anderes, als eine Niederlage der europäischen Diplomatie.

Partei-Angelegenheiten.

Nur Frage der preussischen Landtagswahlen nahmen Stellung: Die Parteifreunden für den Wahlkreis Vandenberg. Sol bin im Prinzip für Beteiligung, doch soll den Delegierten zur Provinzialparlamentarier keine Hand gelassen werden; die Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Duerfurt für Aufhebung des Kölner Wahlgesetzes, den einzelnen Kreisen soll überlassen bleiben, ob und wie sie sich an den Wahlen beteiligen. Der Provinzialparlamentarier für Schlesien-Schlesien, Danzig, Danenburg und Lübeck beschloß: „Es erhebt sich dringend geboten, daß der die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen betreffende Beschluß des Kölner Parteitages aufgehoben werden soll, insofern er die Parteigenossen in Preußen geradezu verpflichtet, sich jeder Beteiligung an diesen Wahlen zu enthalten. Die immer mehr in einem Entscheidungskampfe gegen die reaktionären Gewalten dringende innerpolitische Lage macht die entgegengesetzte Taktik zur Pflicht. An und Aufhebung der Beteiligung ist Sache der Genossen der einzelnen Wahlkreise, die in Redebringungsmit dem einigsetzenden Zentral-Wahlkomitee beginn, der Parteileitung zu erfolgen.“

Die Parteifreunden für den Wahlkreis Frankfurt-Debut ist zwar im Prinzip gegen die Wahlbeteiligung, verlangt aber die Aufhebung des Kölner Wahlgesetzes, um die Entscheidung den einzelnen Wahlkreisen zu überlassen.

Die Parteigenossen des Kreises Niederrhein nahmen eine Resolution Beschloß an, worin zwar Aufhebung des Kölner Wahlgesetzes gefordert wird, um den einzelnen Ländern oder Wahlkreisen die Entscheidung zu überlassen, verlangt aber, daß der Parteitag Mandatsforderungen ausspreche, die den zu unterstützenden bürgerlichen Kandidaten vorgelegt werden sollen.

Rein und ohne Einschränkung gegen die Beteiligung erklärte sich die Genossen des Kreises Teitow-Deestow-Storkow.

Strafen wurden im Monat August über Parteigenossen verhängt: 3 Jahre 10 Monate 3 Wochen und 6 Tage Gefängnis und 1357 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Streik in der Bronzenarenfabrik von Meißner ist zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die eingeleiteten Arbeitskämpfe führten zu einem günstigen Resultat. Es wurde heute Mittag die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen:

1. Müdel ist von Seiten des Herrn Meißner zu bezeichnen, daß er in Zukunft in anständiger Weise mit den Arbeitern umzugehen will.
2. Aufstellung eines Lohnrates in Gemeinshaft mit dem alten Arbeitspreise. Derselbe ist in jedem Falle sichtbar auszubilden. Änderungen hiervon können nur mit Genehmigung des Arbeiterausschusses vorgenommen werden.
3. Wöchentliche Zahlung 1/2 Stunde vor Feierabend. Abrechnung Donnerstagabend.
4. Die Arbeitszeit beginnt früh 7 Uhr und endet abends 6 Uhr. Die Pausen finden in der bisherigen Weise statt. Soll bei starkem Ermüdung die Arbeitszeit verlängert werden, so kann dies nur in Gemeinshaft mit dem Arbeiterausschuß geschehen. Bei Mangel an Arbeitern sind Arbeiter, welche länger als drei Monate beschäftigt sind, nicht zu entlassen, sondern die Arbeitszeit entsprechend zu kürzen.
5. Die Paragraphen der Arbeitsordnung, welche obigen Bestimmungen zuwiderlaufen, sind aufgehoben. Weitere Änderungen an der Arbeitsordnung können nur mit Genehmigung des Arbeiterausschusses vorgenommen werden.

SS 8 und 23 sind dahin zu ändern, daß in dieselben eingeschloßte sind: „unter Aushebung des Arbeiterausschusses.“

Nachrichten aus der Provinz.

Bärenstein. Infolge vorzeitiger Entlassung eines Sprengschiffes in dem oberhalb des Bahnhofs Rauenstein an der Mülligthalstraße befindlichen Steinbruch wurde der Steinbruchmeister Josef Reich auf...

Sachsen. Von hier wird gemeldet: Ein recht bedauerlicher Unfall ereignete sich am 5. d. Mts. auf der Faltstelle Alt-Döbnitz...

Sachsenberg bei Großenhain. Durch Feuer sind hier 4 Häuser vollständig eingeschert worden. Das Feuer brach in der Scheune des...

Veitzig. Dieser Tage verbrannte hier das Dienstmädchen Auguste Heinemann. Um besseren Zug für die Kochschürze zu erhalten, hatte man die Feuerungstür ein wenig offen gelassen...

Einkeidel. Unter qualvollen Leiden verschied am Sonntag plötzlich unser braver Genosse, der Brauer H. J. Otto, trotz angewandter ärztlicher Hilfe...

Sommerau (Kant.). Ein Kolb mit zwei Köpfen hat eine Kuh des Gutsbesizers Müller zur Welt gebracht. Man wird versuchen, dieses Monstrum am Leben zu erhalten.

Neues aus aller Welt.

Unwetter. Ueberstürmungen, Bliz- und Hagelschläge werden noch fortwährend in Masse gemeldet. In Dresden haben namentlich Gießerarbeiten mit Hagelschlag gewütet und viel Unheil angerichtet.

Am Montagabend brach über Mühlberg i. N. abermals ein schweres Unwetter aus, wobei der Regen 4 1/2 Fuß über den Normalstand...

Nach Meldungen aus Lyon herrschte Ende voriger Woche in den Departements Rhone und Loire ein Unwetter, wie es seit Menschen-gedenken nicht erlebt wurde...

St. Gallen und Tessin. Schneefälle werden aus Oesterreich von der Rax, Stubai- und Schnepfalm gemeldet. Ebenso hat es in den Ardennen stark geschneit.

St. Gallen. 7. September. Gestern abend stürzte in dem Hüttenwerk 'Joluf' in Dödenhofen bei der Entlochung eines Hochofens eine große Gussmasse aus beträchtlicher Höhe hernab...

St. Gallen i. E. 7. September. Die Braubereitiger Brand und Karl Oelinger aus Müngenthal wurden aus Haft-Verhörungen ausgewiesen. Die Angeklagten gehören zu den kapitalsträflichsten Inhabern der Reichslande.

St. Gallen i. E. 7. September. Dem 'Straß' Zogelblat' zufolge sind jetzt bei dem in Weiz garnisonierenden Königsregiment 50 Soldaten am Typhus erkrankt...

St. Gallen. 7. September. Der oberste Gerichtshof wird die Nichtigkeitserkläre des sozialistischen Abgeordneten Sager gegen seine Verurteilung zu 8 Monaten schweren Kerker wegen Majestätsbeleidigung...

St. Gallen. 7. Sept. Bei einer Vorstellung lebender Photographien mittels des Kinetographen brach Feuer in dem Apparat aus. Es folgte eine furchtbare Panik...

Mailand. 7. Sept. Bei einem von mehreren tausend Sozialdemokraten veranstalteten Kundgebung in die Umgebung der Stadt kam es zwischen den Ausführe und der Polizei zu einem heftigen Zusammenstoß...

Verammlungskalender.

Donnerstag. Arbeiter-Sängerbund Dresden. Abends halb 9 Uhr Rosenkranzprobe im 'Iranon'. Maler, Radierer und Anstreicher v. Pöbstaub, Dresden u. Umg. Abends 9 Uhr Versammlung im Kämpfers Restaurant...

Wetterbericht. Vom 8. September, 12 Uhr mittags. Temperatur + 13,5 R. Weiter: Bedekt. Barometerstand 751. höchste und niedrigste Temperatur seit vorigem Abend + 17 und - 7 R. Hoffenstand der Erde - 15.

Zusammenkünfte zwecks Förderung dieser Bestrebungen oder sonstige von der Oppositionsleitung veranlaßte, zu Schiedsungen des Bundes führende Maßnahmen unterliegen, die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen haben.

Sollten, was der Vorstand mit Gründen begründen würde, die bisher ausgeschlossenen Kollegen durch ihre Erfahrungen im Lager der 'Opposition' zu der Ueberzeugung gelangen...

Die Absicht des Ausschlusses ist also nicht aufgegeben; gleichzeitig werden aber doch die oppositionellen Mitglieder ermahnt, zur sachlichen Führung der Tarifgemeinschaftsarbeit...

Unzufriedenheit. Im Restaurant 'zum gemütlichen Bogtänder', Bernauerstraße, erbot sich gestern mittag ein Diner...

Arbeitererfolge. Heute früh 7 Uhr herunglückte auf der Schiffswerft Liebigan der Schiffbauern Bräunne aus Dresden...

Die Weiserbrücke am Schillerhaus wird verdrückt. Die unterhalb des Weiserbrückens gelegenen Häuser hatten sich an die Stadtverordneten mit der Petition gewendet...

Zugveränderung auf der Meißner Linie. Wiederholt hervorgehobene Wünsche der interessierten Kreise von Weidenhöfen und Rosendorf entsprechend...

Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt. Am Montag den 6. dieses Monats ist, wie wir schon meldeten, der erste Herbstfahrplan...

Besonders hingewiesen sei noch darauf, daß die Einfahrten mit den Promenadenbahnwagen 'Hohenzollern' und 'Koburg' auch nach während der ganzen Fahrplanänderung weiter beibehalten worden sind.

Ein kleiner Taschendieb. Gestern versuchte in einem Fischwarengeschäft auf der Mannstraße ein Knabe einer älteren Frau ein Portemonnaie aus der Hosentasche zu stehlen...

In einem Kellerbrand stürzte gestern nachmittag in der dritten Stunde ein Holzsteg nach dem Grundriß Potzdorferstraße 60 aus.

Selbstmord. Ein in der Spitalstraße, Vorstadt Striesen, wohnhafter Lithograph vergiftete sich am Sonntagabend mit Cyanid. Die Sorge um seine Familie (die Frau lag im Wochenbett) und um den am 1. September fällig gewordenen Zins schien den Mann...

Vermisste Nachrichten. Am 31. August d. J. ist aus dem Reichslandungsboten des sächsischen Vaterlandshofes ein Satz Weizenmehl (Kaiserkrone) im Gewicht von 100 Kilogramm...

Vermisste Nachrichten. Am 31. August d. J. ist aus dem Reichslandungsboten des sächsischen Vaterlandshofes ein Satz Weizenmehl (Kaiserkrone) im Gewicht von 100 Kilogramm...

Vermisste Nachrichten. Am 31. August d. J. ist aus dem Reichslandungsboten des sächsischen Vaterlandshofes ein Satz Weizenmehl (Kaiserkrone) im Gewicht von 100 Kilogramm...

Vermisste Nachrichten. Am 31. August d. J. ist aus dem Reichslandungsboten des sächsischen Vaterlandshofes ein Satz Weizenmehl (Kaiserkrone) im Gewicht von 100 Kilogramm...

Vermisste Nachrichten. Am 31. August d. J. ist aus dem Reichslandungsboten des sächsischen Vaterlandshofes ein Satz Weizenmehl (Kaiserkrone) im Gewicht von 100 Kilogramm...

Bei § 17 des Reichsgesetzes: Unvollendete Arbeit wird vom Beschäftigten abgelehnt und nur nach dieser Höhe bezahlt.

Die Beschlüsse sind von Herrn Meißner anerkannt worden. Diese Beschlüsse sind von Herrn Meißner anerkannt worden...

Der Kampf der englischen Maschinenbauer wird auch den Trade-Union-Ausschüssen mitgeteilt. Der Londoner Trades Council übernahm dem Kampf der Maschinenbauer 98 Pfund Sterling...

Der Schweizerische Textilarbeiterverband hielt am Sonntag in Zürich seine diesjährige Delegiertenversammlung ab. An welcher 11 Sektionen durch 16 Delegierte vertreten waren.

Aus der Schweiz. In Chaux-de-Fonds (Kanton Neuchâtel) haben die organisierten Holzarbeiter durch Streik einen vollen Erfolg errungen.

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Die Arbeitervereine in Sachsen. In Sachsen des Zwölftauschusses der Versammlungen besteht bekanntlich in Dresden und Umgebung ein eigentümlicher, die herrschende Verhältnisse in der Handhabung des Vereinsgesetzes als Kampfmittel...

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Internationale
Kunst-Ausstellung Dresden 1897
1. Mai—30. September.

Freitag den 10. September 1897
abends 1/9 Uhr

öff. soziald. Parteiversammlung
im großen Saale des „Trianon“.

- Tages-Ordnung:
1. Der bevorstehende Parteitag in Hamburg und Anträge zu demselben.
Referent: Genosse Karl Sindermann.
 2. Wahl von Delegierten und eines Stellvertreters hierzu.
Debatte für Jedermann.
- Zu zahlreichem und pünktlichem Erscheinen ladet ergebenst ein
Der Einberufer.

Sechster Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch den 8. September, abends 8 Uhr
Oeffentl. Volks-Versammlung
in der „Deutschen Eiche“ in Striesen.

Tagesordnung:
„Die bevorstehenden Landtagswahlen“.
Referent: Genosse Pinke, Leipzig.
Debatte.
Der Einberufer.

„Trianon“.

Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir unsere bequemen gelegenen Säle zur Abhaltung von Billen, Versammlungen und anderen Veranstaltungen zur recht fleissigen Benutzung.
Hochachtungsvoll
Die Verwaltung.

Zum Sonnabend den 2. Oktober cr. ist der grosse Saal noch frei.

Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Herbst-Fahrplan vom 6. September bis mit 3. Oktober 1897.

Von Dresden:
nach Niederpörsitz: vorm. 6, 7, 8, 9, 9³⁰, 10, 10³⁰, 11, mitt. 12, nachm. 12³⁰, 1, 1³⁰, 2, 2³⁰, 3, 3³⁰, 4, 4³⁰, 5, 5³⁰ (nur an Sonn- und Festtagen), 6, 6³⁰, 7, 7³⁰, 8 (nur bis mit 19./9.), 8³⁰, 9³⁰; nach Pillnitz: vorm. 6, 7, 8, 9, 10, 11, mitt. 12, nachm. 12³⁰, 1, 1³⁰, 2, 2³⁰, 3, 3³⁰, 4, 4³⁰, 5, 5³⁰ (nur an Sonn- u. Festtagen), 6, 6³⁰, 7 (vom 20./9. an nur bis Niederpörsitz), 7³⁰, 8³⁰, 9³⁰; nach Pirna: vorm. 6, 8, 9, 10, 12, nachm. 1, 2, 3, 5; nach Rathen: vorm. 6, 8, 9, 10, 12, nachm. 1, 2; nach Schandau: vorm. 8, 9, 10, mitt. 12, nachm. 2; nach Tetzen: vorm. 6, 8, 9, 10, mitt. 12; nach Ruffig: vorm. 6, 8, 9; nach Lobositz: vorm. 8 (vom 20./9. an nur bis Niedertitz); nach Zeitmeritz: vorm. 6;
nach Briesnitz: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 10, 11³⁰, nachm. 12³⁰, 1³⁰, 2, 2³⁰ (nur an Sonn- u. Festtagen), 3³⁰, 4, 6, 6³⁰, 7³⁰ (nur Donnerstags und Sonntags); nach Röhlschubroda: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 10, 11³⁰, nachm. 1³⁰, 2³⁰ (nur an Sonn- u. Festtagen), 3³⁰, 4, 6, 6³⁰ (Donnerstags u. Sonntags bis Scharfenberg), 7³⁰ (nur Donnerstags und Sonntags); nach Gaueritz: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 10, 11³⁰, nachm. 1³⁰, 2³⁰ (nur an Sonn- und Festtagen), 3³⁰, 4, 6; nach Meissen: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 10, 11³⁰, nachm. 1³⁰, 2³⁰ (nur an Sonn- und Festtagen), 3³⁰, 4, 6; nach Riesa: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 10, 11³⁰, nachm. 2³⁰, 4; nach Strehla: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 11³⁰, nachm. 2³⁰ (Mittwoch und Freitag bis Kleinitz); nach Wühlberg: vorm. 6³⁰, 8³⁰, 11³⁰; nach Belgern: vorm. 11³⁰.

Eilfahrten mit erstklassigen Promenaden-Dampfern.
Vorm. 8³⁰ nach Pillnitz, Pirna, Schandau, Tetzen, Aufß.
Eilpa Restaurationen. Table d'hôte.

Die Direktion.

Pneumatik, Hoyer Vegetarischer Mittags- u. Abendtisch
ist zum Preis von 10 Pf. zu verkaufen.
Anfragen in der Exped. d. Bl.
Or. Gröbnerstraße 43, 1 Treppen. A. Rakohl.

Metallarbeiter!
Sonnabend d. 11. Septbr. abends 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
in der „Deutschen Eiche“, Striesen, Huttenstr.
Tages-Ordnung:
1. Die Profrate des Unternehmertums am Arbeitertrage und die Löhne der Arbeiter.
2. Gewerkschaftliches.
Debatte.
Der Einberufer.

Restaurations-Uebergabe.
Allen meinen werthen Genossen, Gästen, Freunden und Nachbarn hierdurch zur gefälligen Kenntnissnahme, daß ich mit heutigem Tage von dem mir innegehabten
Gasthof „Zur Linde“
in Rauplitz
an Herrn August Lorenz übergeben habe.
Für die mir zu teil gewordene Unterstützung meinen besten Dank sagend, bitte ich, dieselbe auch meinem Herrn Nachfolger angedeihen zu lassen.
Hochachtungsvoll
Max Wiederanders.

Bemerkend auf obiges, allen meinen lieben Freunden, Bekannten und werthen Nachbarn die ergebene Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage den
Gasthof „Zur Linde“
in Rauplitz
käuflich übernommen habe. — Dem in meinem früheren Restaurant mir gestifteten Betrieb werde ich auch hier treu bleiben und meinen mich besuchenden Gästen mit nur guten Speisen und Getränken aufwarten.
Zur Vorant einer gütigen Unterstützung entgegengehend, zeichne
Hochachtungsvoll
August Lorenz.

Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.
Stets frische Blut- und Leberwurst.
Jeden Sonnabend: Großes Schlacht-Fest.

Die Holz- und Kohlen-Handlung
von Karl Günther, Sebnitzerstr. 23
empfehle beste Sorten schlesische und hiesige Steinkohlen, Tauer Braunkohlen, sowie Essener Anthraciten zu besten Markten. Preis bedeutender Preisermäßigung der Kohlen habe ich immer noch zu den alten billigen Preisen. Ohne Preisauflage nach allen Stadtheilen. Nur richtiges Maß und garantiert.

Billigstes Harmonika-Angebot!
Für gute Qual. bänge der bester. Uebernahme meiner Harmonika-Fabrikation. Garantie: Zurücknahme bei Nichtbefried.
Die besten Harmonikas
sind meine unter Nr. 71775 patentlich geschützte (Name geistl.) sie haben weichen, klaren Ton u. sind leicht, bequem zu spielen als alle anderen Horn- u. dabei billiger! Eine 10-tönige Accordion mit 2 Böden, 24 Stimm, 11-falt. Doppelbalg. Metallgehäuse. kostet nur M. 4.50 gen. Nachh. Porto 50 Pf. Vers. u. Schule zum Selbstl. lern! — Naturgetreu in Kunst ausgef. Abbild. über 2 u. 3. Jahrg. 17, 19 u. 21-klavige Instrum. mit zur Ansicht franko durch
Karl Adolf Meinel, Unterbachenberg Nr. 7.

Naturheilbad von Pauline Kranze
Löbau, Lindenstraße 24, am Lindenplatz
vieler Leidenden Gelegenheit und Mittel, ihre Gesundheit wieder zu finden durch individuelle Anwendung des armen Naturheilbades.
Luft-, Sonnen-, Sand-, Dampf- und Kräuter-Bäder.
Massage nach Thure-Brandt bei Frauenleiden.
Nachweislich gute Erfolge. Verkauf gesundl. Nahrungsmittel.

Schuhwaren
aller Arten kauft man gut und billig bei
Bruno Lange
Wilschhofplatz 21k.
Reparaturen werden prompt u. sauber ausgeführt.

Erast Martin
Lad-, Firnis- u. Farbenhandlg.
66 Louisestrasse 66
empfehle bei Bedarf alle frisch-fertigen Oel- und Lackfarben in bekannter Güte.

Getragene
Herren- u. Damen-
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
zu billigen Preisen.
A. Damski, Wilschhofplatz 14.

Hemden-Barchent
gute Auswahl, feine Ware
Preis 28, 32, 35, 38, 45, 50, 55
und 60 Pf.

Barchent-Hemden
gute Auswahl, gute Arbeit
für Männer 100, 115, 130, 145, 160, 180, 190, 200 Pf.
für Frauen 100, 120, 145, 160, 180, 200 Pf.
für Kinder von 50 Pf. an.

Ernst Venus
Annenstraße Nr. 28.

Wir eruchen unsere Inserenten, Clickés
nach Ablauf der Inserate möglichst bald abholen zu wollen.
Die Expedition.

Hausfrauen!
Geld sparen!
Probieren Sie
Bruch-Kaffee
gebrannt
à Pfund 97 Pf., beim
Schokoladen-Hering
Neue Verkaufsstelle:
Wilschhofstr. 2
u. Ecke Wilschhofstr. u. d. B.

E. PASCHKY

Heute in Eis frisch eingefroren:
Schellfisch
Prachtvoller großer
Hund 22 Pf.
Feinster mittelgroßer
Schellfisch
Hund 16 Pf.
Neue russische
Kron-Sardinen
4 Stück 10 Pf.
Polster, ca. 115 Stück, 145 Pf.
bei 5 Dosen à 133 Pf.
bei 10 Dosen à 133 Pf.
bei 25 Dosen à 130 Pf.
Feinste Riefer
Voll-Pöklinge
à 10 Pf., 3 à 20 Pf.
Weißfleischige neue
Voll-Heringe
10 Stück 60 und 70 Pf.
Schwed. u. 350 Pf. an.

E. Paschky.
Wilschhofstr. 40, Tel. 3102
Wilschhofstr. 17, Tel. 1635
Hauptstr. 4, 2257
Freibergerplatz 4, 1735
Strehlfenerstr. 30, 4162
Reitbahnstraße 3, 2961
Striefenerstr. 16, 2806
Hauptlager und Kontor:
Dresden-Friedrichstadt,
Wilschhofstraße 1
nahe der Hauptmarkthalle.
Tel. 1634

Möbel aller Art
Bettstellen, Schränke, Sofas, Tische u. Stühle billig bei
H. Selbmann, Wilschhofstr. 1.

Werkzeughandlung
Traug. Ziesches Nachf.
Mittelstraße 13
empfehle neue und geb. Hobelbänke, Eisen- und Holzschraubenzieher, verschiedene Bohrmaschinen, Fein-Handwerk, Steinmetz-, Zimmerer- u. Tischlerwerkzeug und viel mehr.

Aufgepaßt!
Ein musk. Arbeiter empfiehlt sich bei Verleihen, Bällen usw. Er hat viel auf Weinh., Weinl. (von Weinh.) Schilling, Konjunkturmittel, Wandl. (ohne zu halten), Wundst. usw. Gelde, Gelle m. einer Seite, d. d. durch die Rose usw. Auf Wunsch ein Dreier von 5 Mann. Preis billig. Näheres Oppelstr. Nr. 29. Hinterhaus, portfrei, bei Jost.

Falzerinnen
zu feierlichem Ginteln grüßt
Herm. Schoenfeld
Wilschhofstr. 61.

Tüchtige
Bambusmöbelarbeiter
auf dauernde u. lösbare Arbeit sofort gesucht.
Richard Stengel
Wilschhofstr. 30.

Tüchtige
Schirmnäherinnen
bei hohen Löhnen und dauernder Arbeit gesucht. — Offerten unter **Nr. 50** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Gemeindevertreter II
Vertrag von August Aden, Gohlis-Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Emil Ryska in Trautenbergr. Rotationsdruck der Buchdruckerei Hermann Schoenfeld, Dresden.

Das Stimmrecht der Frauen in Neu-Seeland.

Neuseeland ist ein merkwürdiges Versuchsgebiet für soziale und politische Neuerungen jeder Art. In keinem anderen Lande der Welt herrscht ein solcher Radikalismus, als in dieser Kolonie, die noch nicht ganz 1/2 Millionen Einwohner hat.

Wir entnehmen die folgende Schilderung der Entstehung und Folgen des Frauenwahlrechts in dieser Kolonie dem offiziellen Journal of the Department of Labour, das allmonatlich in Wellington herauskommt und manche nützliche Information über die sozialen Verhältnisse des merkwürdigen Landes enthält.

Es war im Jahre 1877, als der erste Schritt getan wurde. Es wurde damals ein Gesetz über den Primarunterricht erlassen, durch welches ein kleiner Teil der Frauen, nämlich diejenigen, welche selbständige Haushaltungsvorstände waren, also Frauen von Wittwen u. dgl., das Recht erhielt, für die Verwaltung des Primarunterrichts zu wählen.

Es stellte sich nun gleich heraus, daß keine Klasse von Wahlberechtigten ein lebendigeres und intelligenteres Interesse an diesen Dingen hatte wie die Frauen; hängt ja doch so vieles von dem Wohlergehen der Kinder von der Schule ab.

Neun Jahre später fand eine Revidierung des Gesetzes statt. Der Verkauf berauschender Getränke ist ja bekannt, daß sich in allen englisch sprechenden Ländern die Gesetzgebung sich dieser Materie besonders angenommen hat, bis zu dem totalen Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke in einigen Staaten der Union.

Neues Gesetz bestimmte nun, daß die Konzession zum Verkauf von Alkohol in die Hände der lokalen Behörde gelegt werden soll, daß es dieser frei stehe, überhaupt keine Konzessionen oder nur solche in beschränkter Anzahl zu erteilen.

Fenilleton.

Der Mantel.

Aus dem Russischen. (Fortsetzung.)

In frühlicher Gemütsstimmung schlug Alki Alakewitsch die Richtung nach Hause ein. Da plötzlich bemerkte er, daß er sich in einer langen StraÙe befand, in der es am Tage und noch mehr des Nachts ganz still war.

In der Ferne, Gott weiß wo, schimmerte die Laterne eines Schilderhauers, das ihm am Ende der Welt zu stehen schien. In demselben Augenblick verließ den Titularrat seine freundliche Stimmung. Er ging mit bekümmertem Brust auf die Stelle zu; es war ihm, als drohe ihm ein Unheil. Untermwegs blickte er beständig um sich. Der trübste Stamm sah ihm aus wie ein wilder Ozean.

Alki will um Hilfe schreien. Ein anderer drückt ihm eine große Knoche Faust auf den Mund und sagt zu ihm: Versuch's nur, zu schreien! In demselben Augenblick fühlte der unglückliche Titularrat, daß ihm der Mantel fortgenommen wurde, und zugleich erhob er einen Schrei, daß er betäubt in den Schnee fällt.

Das folgende Stadium war das Wahlrecht zu den Municipal-Berathungen. Die bisherigen Erfahrungen waren beacungungswürdig gewesen, daß kaum ein Widerstand gegen die neue Forderung stattfand. Und auch in dem neuen Wirkungsbereich erfüllten die Frauen ihre Aufgabe.

Und sehr bald war dann die letzte Staffel erreicht: das Wahlrecht zum Parlament. Seit etwa vier Jahren wurde es allen Personen, männlichen wie weiblichen, von mehr als 21 Jahren verliehen, und zwei Parlamente sind bereits unter diesen Umständen gewählt.

Die Konsequenzen waren zunächst eine außerordentliche Verbesserung des Wahlkampfes, ein Aufhören vieler Korruptionen, wie der Bestechungen, der Verleumdungen usw. der Gegner.

Die Frauen beteiligten sich zuerst nur als Zuhörerinnen in den Versammlungen; erst bei der letzten Wahl traten einige von ihnen auch auf die Tribüne, ausnahmslos Verehrerinnen des Abstinenzismus, der extremen Alkoholgegnerschaft, die in den englisch sprechenden Ländern überall eine große politische Bedeutung hat; indessen ist das Gros der Frauen selbst Gegnerin dieser extremen Forderungen.

Bei dem Ausfall der Wahlen haben die Frauen einen merkwürdigen Einfluß ausgeübt. Überall nämlich ließen sie sich sehr stark bestimmen durch die moralischen Qualitäten der Kandidaten und verhielten einem solchen von unabweiger Moral, auch wenn keine Parteilichkeiten sonst ungünstiger waren, zum Sieg gegen einen Gegner, dessen Partei an sich mehr abgelehnt wurde, der aber irgend welche sittliche Bedenken bot.

Und dieses merkwürdige Resultat giebt uns auch die Lösung für die überraschend günstige Gestaltung des allgemeinen Experiments. Moralische Intelligenz ist ja sicher eine der Eigenschaften, die bei einem Mann am höchsten zu schätzen sind, aber sie allein qualifiziert durchaus nicht zum Staatsmann.

Die überaus günstige Gestaltung des allgemeinen Experiments, Moralische Intelligenz ist ja sicher eine der Eigenschaften, die bei einem Mann am höchsten zu schätzen sind, aber sie allein qualifiziert durchaus nicht zum Staatsmann. Wenn wir uns in der Geschichte umsehen, so werden wir nun fast keinen einzigen großen Staatsmann finden, der vor dem Richterstuhl neuerlandischer Frauen Gnade finden würde.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Der verschwundene 500-Markstein. Eine äußerst fidele Gesellschaft muß es gewesen sein, die im September 1895, nachdem man eine Menge Kneipen heimgeführt, im Restaurant Stolz auf der Poststraße einkehrte. Derselbe wurde noch tüchtig gezecht, so daß man wohlhabend „fertig“ wurde und schließlich allehand Alkohol trank.

auf; aber kein Mensch war mehr zu sehen. Seines Kleidungsstückes beraubt und ganz durchfrieren, begann er aus aller Macht zu schreien, aber sein Ruf vermochte nicht ans Ende des Platzes zu dringen. In einem fort schreie, lief er mit der Hut der Verzweiflung nach dem Schilderhaus zu dem Wachsoldaten, der die Arme auf seine Hellebarde gefaßt, ihn fragte, warum zum Teufel er denn einen solchen Höllelärm mache und so schnell herangekommen komme.

Als Alki ihn erreicht hatte, beschuldigte er den Soldaten, er sei betrunken, da er nicht gesehen habe, daß in kurzer Entfernung von seinem Posten die Vorübergehenden geplündert würden.

„Ich habe Sie sehr wohl gesehen,“ antwortete der Mann, „mitten auf dem Wege mit zwei Männern, ich glaube, ihr wäret Freunde. Es hat keinen Zweck, sich so aufzuregen. Gehen Sie morgen zu dem Polizeikommissar, der wird dann die Sache in die Hand nehmen, noch den Dieben forschen und eine Untersuchung einleiten.“

Was beginnen? Der unglückliche Titularrat gelangte in schrecklicher Unordnung wieder in seiner Wohnung an; das Paar hing ihm wie über die Stirn, seine Kleider waren mit Schnee bedeckt. Als seine alte Wirtin so umgestülmt an die Thür pochen hörte, sprang sie jähnel auf und eilte nur halb angekleidet herbei, fuhr aber bei Alkis Anblick erschrocken zurück.

Als er hier erzählt hatte, was geschehen war, schlug sie die Hände zusammen und rief aus: „Nicht an den Polizeikommissar müssen Sie sich wenden, sondern an den Reviervorstand. Der Inspektor wird Sie mit schönen Worten abspeisen und nichts in der Sache thun. Aber der Reviervorstand — den kenne ich seit langer Zeit. Meine frühere Köchin Anna ist jetzt in seinem Dienst, und ich sehe ihn oft unter unseren Fenstern vorbeigehen. Er geht alle Festtage in die Kirche und man sieht es ihm sofort an, daß er ein braver Mann ist.“

Nach dieser beredsamen Empfehlung zog sich Alki traurig in sein Zimmer zurück. Wer sich eine solche Lage vorzustellen vermag, wird begreifen, welche eine Nacht er verlebte.

Als er am andern Morgen begab er sich zu dem Reviervorstand. Es wurde ihm der Bescheid, der Beamte schlafe noch. Wegen zehn Uhr kam er wieder. Der ehrenwerte Beamte schlief immer noch. Gegen zwölf Uhr war er aufgewacht. Um die

wachte nicht von einem Schein, als Schönfeld aber bei seiner Behauptung stehen blieb, so mit Wollst drohte, verband er sich endlich dazu, seine Sachen durchzusuchen, worin denn der Diebstahlgeheime auch wirklich lag. Die Sache schien erledigt, denn der Revierführer hatte ja sein Geld wieder. Freilich nach nahezu 2 Jahren, hat dieser tragikomische Vorgang noch ein gerütteltes Nachspiel. Derjenige, in dessen Taschen der 500-Markstein verborgen gewesen war, der Führerführer Colmar Hellman von hier steht des Diebstahls angeklagt vor dem hiesigen Landgericht. Er wird beschuldigt, sich damals den Schein in rechtschuldiger Absicht angeeignet zu haben. Der Angeklagte stellt eine unerbittliche Absicht entgegen in Abrede. Er will tüchtig angetrunken und seiner Sinne nicht mächtig gewesen sein und in diesem Zustande, ohne es zu wissen, den Schein zu sich genommen haben. Durch die Aussagen der Zeugen können diese Angaben des Angeklagten nicht widerlegt werden. Das Gericht kann sich daher von der Schuld des selben nicht überzeugen; es erfolgt kostenlose Freisprechung.

Der Verführung erlegen will der Handarbeiter Moritz Gumbel. Dieser ist nur deshalb in der Haft, weil er am 2. August d. J. in einem der sog. Preßhäuser in Randeroda eingedrungen. Der Angeklagte will in Verleumdung mit dem inwärtigen verstorbenen Handarbeiter Hammer dieses zusammengekommen sein und soll ihn dieser angeblich zu dem Einbruch des Diebstahls überredet haben; erst wollte dieser lange nicht, aber endlich ist er doch der Überredungskunst Hammers unterlegen. Beide sind nun gemeinschaftlich auf Raub ausgezogen; sie fanden bald, daß die zum Kommerant Randeroda gehörigen Arbeiterwohnungen (Dresdenerhäuser) zum größten Teil leer standen. Der Streichplan war bald fertig; Hammer fungierte als Wächter, während der Angeklagte durch die Hinterthür eintrat und eine große Anzahl Kleidungsstücke mitgehen ließ. Außerdem erbrach der Angestrichene einen den Gelehrten Großschneider gehörigen Koffer, woraus er ebenfalls Kleidungsstücke entwendete. Die gestohlenen Sachen sind auf 130 M. geschätzt worden. Gumbel, der wegen dieser Streiftaten gestern vor der 3. Ferienkammer des hiesigen Landgerichts stand, ist im allgemeinen gesund, doch legt er ein großes Gewicht auf die angebliche Verführung seitens Hammers. Er will sich in Haft befinden haben, sonst wäre er dem Verführungskünstler nicht erlegen. Das Gericht kann auf die angebliche Verführung kein großes Gewicht legen, es verurteilt den schon vielfach wegen Eigentumsvergehen vorbestraften Angeklagten zu 8 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Gefährdung eines Eisenbahntransportes lautet das Verdict, wegen dessen der Fleischer Friedrich Arthur Lehmann vor der 3. Ferienkammer steht; in Wirklichkeit handelt es sich um die Gefährdung eines elektrischen Straßenbahnwagens, da dieselben als ein Transportmittel im Sinne des § 318 des Strafgesetzbuches betrachtet werden. Der Wagen, der mit einem elektrischen Straßenbahnwagen frambolte, fuhr kommen immer vor die Straßkammer, so auch der Fleischerlehre Lehmann. Am 5. Juli d. J. fuhr derselbe im schärfsten Tempo durch die für Verkehr gekehrte Neugasse und fuhr, als er die Grünstraße passieren wollte, mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wodurch der Fleischerwagen zum Umfallen gebracht und ein Fenster des erlernten Wagens durch die Dächer des umfallenden Wagens eingestürzt wurde, wodurch wenn an der betreffenden Stelle Leute gewesen hätten, dieselben schwer verletzt worden wären. Außerdem muß sich der Angeklagte wegen Verletzung der Dresdener Verkehrsordnung verantworten, weil er mit seinem als Verkehrswerk angeesehenen Wagen durch die Neugasse gefahren ist. Von letzterer Auflage wird Lehmann jedoch freigesprochen, da nachgemeldet wurde, daß der Angeklagte die Leitung des Verkehrs übernommen hat, als dieser schon in die genannte Straße eingefahren war. Wegen der Gefährdung eines Eisenbahntransportes wird der Angeklagte zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen 10 Pfennigen 1 Monat Gefängnis. Der 1892 geborene Tagelöhner Julius Wohlhase hatte am 5. Juli d. J. in Wehlen, wo er bei einem Koronellbesitzer vorübergehend beschäftigt war, auf der Straße eine Kinderperle im Werte von 10 Pfennigen gefunden und dieselbe dem Stinberg eines Gastwirts gegeben, worauf sich der arme Teufel etwas Essen erbeten hatte. Die Hundsgelächter war zu Ohren der Polizei gekommen, die Wohlhase auch verhaftete und einleitete, seit dieser Zeit befindet sich derselbe hier in Untersuchungshaft. Das Gericht verurteilt den allerdings schon vielfach vorbestraften Angeklagten wegen Fundunterschlagung zu einem Monat Gefängnis.

Schöffengericht. Wegen Hausfriedensbruch sollen sich die Ziegeleiarbeiter Johann Stabitzky und Karl Johann Deutsch verantworten. Beide Angeklagte haben ihre Heimat in Polen und sind der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig; sie arbeiten im Sommer auf Ziegeleien in der Umgegend von Dresden und kehren im Winter zu ihren in Schwargwald in Polen befindlichen Familien zurück. Die Angeklagten, zu denen noch der Ziegler Johannmann gehört, der aber nicht erlangt werden konnte, arbeiteten mehrere Jahre in der Ziegelei der Witwe Jung in Pochwitz. Nachdem sie im Anfang des Sommers wegen Lohnforderungen die Arbeit dort aufgegeben, wurde ihnen beim Weggange bedeutet, sich nicht wieder „in Polen“ sehen zu lassen. Sie lehnten sich jedoch nicht daran, sondern verkehrten häufig in der Kantine der Jungfrauen Ziegelei. Am 27. Juli

Essenszeit stellte sich der Titularrat noch einmal vor, aber die Schreiber fragten ihn streng, was für eine Angelegenheit ihn denn zu ihrem Vorgesetzten führe. Da, zum erstenmal in seinem Leben, zeigte Alki einen energischen Charakter. Er erklärte, er müsse unbedingt den Reviervorstand sprechen und man möge nur ja nicht versuchen, ihn daran zu verhindern, denn es handle sich um eine offizielle Angelegenheit, und denjenigen, welche sich erlauben wollten, ihm die geringste Schwierigkeit in den Weg zu legen, würde es teuer zu stehen kommen.

Auf eine solche Sprache war nichts zu erwidern. Einer von den Schreibern entfernte sich, um ihn seinem Vorgesetzten zu melden. Dieser hörte Alkis Erzählung in etwas seltsamer Weise an. Statt sich an die Hauptsache, das heißt an den Diebstahl, der begangen worden, zu halten, fragte er den Titularrat, wie er dazu komme, sich so spät auf der Straße zu befinden und ob er nicht in einem verdächtigen Hause gewesen sei.

Durch solche Fragen verblüfft, mußte der Titularrat nicht, was er antworten sollte und zog sich wieder zurück, ohne zu wissen, ob in seiner Sache etwas getan würde oder nicht.

Den ganzen Tag war er nicht in seinem Bureau gewesen — ein völlig unerhörtes Ereignis in seinem Leben. Am folgenden Tage erschien er dort wieder: Mit bleichem Gesicht, unruhig, in seinem alten Rod, der erbärmlicher denn je ansah. Als seine Kollegen von dem Unglück hörten, das ihn betroffen, waren einige noch grausam genug, darüber zu lachen; die meisten jedoch schützten ein aufrichtiges Bedauern und veranstalteten eine Subskription zu seinen Gunsten. Allein dieses übliche Unternehmen hatte nur einen ganz unbedeutenden Erfolg, weil diese selben Beamten erst vor kurzem zu zwei anderen Subskriptionen beigezeichnet hatten. In dem einen Fall, um das Portrait ihres Direktors anzuschaffen, und in dem andern, um ein Werk zu erwerben, das ein Freund ihres Chefs veröffentlicht hatte.

Einer von ihnen, der für Alki aufrichtiges Mitleid empfand, wollte ihm dann in Ermangelung von etwas Besserem einen guten Rat geben. Er sagte ihm, es wäre verlorene Mühe, noch einmal zu dem Reviervorstand zu gehen, weil selbst in dem Falle, daß dieser Beamte so glücklich sein sollte, den Mantel wieder zu erlangen, die Polizei ihn so lange für sich behalten würde, bis der Titularrat unzweifelhaft erwiesen habe, daß er der wirkliche Eigentümer sei. Er forderte ihn auf, sich an eine gewisse hochstehende Persönlichkeit zu wenden, die bei ihren guten Beziehungen bei den Behörden die Sache schneller betreiben könnte. (Schluß.)

uen! ent 2: affee it a, beim Horing siche: trabe 7 a. d. B. eingetragene: profec fisch fisch edinen 14. die englisch sprechenden Staaten und Kolonien finden, und die, statt von den in politischen Fragen doch einzig maßgebenden praktischen Erwägungen auszugehen, sich auf doktrinaire Behauptungen stützt; sondern es hat sich aus dem dem Fraueninteresse nächstliegenden praktischen Verwaltungszweck organisch und selbstverständlich entwickelt. Es war im Jahre 1877, als der erste Schritt getan wurde. Es wurde damals ein Gesetz über den Primarunterricht erlassen, durch welches ein kleiner Teil der Frauen, nämlich diejenigen, welche selbständige Haushaltungsvorstände waren, also Frauen von Wittwen u. dgl., das Recht erhielt, für die Verwaltung des Primarunterrichts zu wählen; wahlberechtigt waren nach diesem Gesetz alle Haushaltungsvorstände, sowohl aktiv wie passiv, d. h. sie konnten wählen und in die betreffenden Komitees und Boards gewählt werden. Es stellte sich nun gleich heraus, daß keine Klasse von Wahlberechtigten ein lebendigeres und intelligenteres Interesse an diesen Dingen hatte wie die Frauen; hängt ja doch so vieles von dem Wohlergehen der Kinder von der Schule ab. Zunächst beschäftigten sie dieses Interesse nur durch besonders lebhaftes Beteiligung bei den Wahlen für die Komitees; aber schon nach ein über zwei Jahren ließen sie sich auch selbst als Mitglieder dieser Verwaltungsbehörden aufstellen, und schon in kurzer Zeit gab es kaum noch eine lokale Schulaufsichtsbehörde, die nicht mindestens ein weibliches Mitglied gehabt hätte, während in den provinziellen Behörden allerdings bis jetzt noch keine Dame sitzt. Dieser Erfolg wurde errungen nicht durch erhobte Agitation, sondern durch freiwillige Konzeption der Männer. fünf Jahre später fand eine Revidierung des Gesetzes statt. den Verkauf berauschender Getränke statt. Es ist ja bekannt, daß sich in allen englisch sprechenden Ländern die Gesetzgebung sich dieser Materie besonders angenommen hat, bis zu dem totalen Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke in einigen Staaten der Union. Degressivweise stehen die Frauen überall auf Seiten derjenigen Partei, welche für Bekämpfung des Alkohols eintritt. Neues Gesetz bestimmte nun, daß die Konzession zum Verkauf von Alkohol in die Hände der lokalen Behörde gelegt werden soll, daß es dieser frei stehe, überhaupt keine Konzessionen oder nur solche in beschränkter Anzahl zu erteilen. Diese lokale Behörde sollte jedesmal für zwei Jahre von sämtlichen Steuerzahlern des betreffenden Distrikts gewählt werden. Unstreitig wollte man das Wahlrecht nur den männlichen Steuerzahlern geben, weil man fürchtete, die Stimmen der Frauen würden ein Übergewicht derjenigen erzeugen, welche allen Alkoholverkauf radikal abschaffen wollten; es siegte jedoch die Partei, welche auf die Erträge der weiblichen Mitarbeit bei den Schulbehörden hinwies. Die Verdrängungen erwiesen sich auch als ungründbar. Die unter Mitwirkung der Frauen erwählten Behörden zeichneten sich durch verständige Mäßigkeit aus. Die gewöhnlichen Kneipen u. dgl. Art verschwanden zwar, aber anständige Restaurants blieben gestattet.

